

Die Aufgabe der Akademien der Erwachsenenbildung in der Krise

Offener E-Brief vom 13. 7. 2009 für die Mitwirker der

Evangelische Akademie Loccum

(und an alle MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung)

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text: 74.2

"Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit"
Anmerkungen zum „Gemeinsamen Kirchenwort 1997“

Von Volker Freystedt

"Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit"

Anmerkungen zum „Gemeinsamen Kirchenwort 1997“

Von Volker Freystedt,

Im Februar 1997 veröffentlichten die beiden deutschen Kirchen einen gemeinsamen Text mit dem Titel "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" (1), der sich auf "die aktuelle Diskussion über Maßstäbe der Wirtschafts- und Sozialpolitik" bezieht. Hier eine kritische Würdigung.

Zum Vorwort: Als Ziel wird eine "*menschenwürdige, freie, gerechte und solidarische Ordnung von Staat und Gesellschaft*" angestrebt. Wir leben jetzt "*in einer Zeit*" ... "*in der mutiges ... Handeln besonders gefragt ist.*"

Ich frage mich, ob Mut dazu gehört, auf die Einsturzgefahr eines Hauses hinzuweisen. Sollte nicht der schlichte Überlebenstrieb ausreichen? Da wir alle Bewohner dieses Hauses sind, gehen Egoismus und Altruismus in diesem Fall Hand in Hand.

Das gilt es denen begreiflich zu machen, die momentan noch die Nutznießer des bestehenden Systems sind, und die sich schwer tun mit der Einsicht, daß eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Katastrophe letztlich **allen** schaden wird.

(24): "*Ohnehin tendiert die wirtschaftliche Entwicklung dazu, den Anteil der Kapitaleinkommen gegenüber dem Anteil der Lohneinkommen zu vergrößern.*"

Warum so verschämt um den heißen Brei herum? Mit welchen **Mitteln**, nach welcher **Gesetzmäßigkeit** läuft dieser Vorgang ab? Das "*ohnehin tendiert*" klingt so schicksalhaft wie "*ohnehin ist es im Winter immer kälter als im Sommer*" - das ist eben so, da hilft nur warm anziehen. Vielleicht muß es ja gar nicht so sein wie es ist - aber dazu müßte man den Ist-Zustand schon genauer analysieren.

(51): "*Die westdeutsche Gesellschaft ist wohlhabend..., dennoch weist sie seit Jahrzehnten eine steigende Arbeitslosigkeit auf.*"

Nicht "*die westdeutsche Gesellschaft*", sondern ein **Teil** davon ist zunehmend wohlhabend, und das offensichtlich auf Kosten des Teils, dem es zunehmend schlechter geht; also nicht: "*dennoch*", sondern: **deshalb**. Der shareholder value steigt mit jedem wegen Produktivitätsfortschritten entlassenen Arbeiter.

(72): "*Eine wesentliche Ursache der Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialhaushalte ist die hohe Arbeitslosigkeit.*" Dann werden die Auswirkungen treffend beschrieben - die dabei doch sehr interessante Frage nach den **Ursachen** für die zunehmende Arbeitslosigkeit hingegen nicht gestellt. Auch vorher **(60 ff)** wird zu den Ursachen

der Arbeitslosigkeit eigentlich nichts gesagt: die "enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität" wird erwähnt - **weshalb** ist das so? "Eine der Hauptursachen" sei die "Globalisierung der Wirtschaft und des Wettbewerbs" - **was** zwingt die Firmen dazu?

Besteht kein Interesse an diesen Hintergrundfragen? Das geht so weiter: (84-85): Globalisierung bedeutet "wachsende Mobilität des Kapitals", das sich "mehr und mehr verselbständigt". Wie macht das Kapital das, welcher **Technik** bedient es sich dabei?

(106-107): Was heißt "Solidarität mit den Armen"? Warum soll "alles Handeln und Entscheiden" danach "gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt." "Die biblische Option ... verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen" - überspitzt gesagt: wenn du jemanden ausgeraubt hast, dann sei bitte so nett und gib ihm wenigstens das Geld für die nächste Mahlzeit.

Warum nicht verhindern, daß es überhaupt zu Armut kommt? Armut ist doch wirklich "zum Kotzen" (Bischof Hengsbach). Warum Arme erst 'erzeugen'? Erfüllen sie vielleicht wichtige Funktionen - Abschreckung und Antrieb für die, die sich noch abstrampeln, um nicht ganz abzusacken? Adressaten für karitative Betätigung derer, denen ihr Besitz/ihre Stellung ein schlechtes Gewissen bereitet?

(112+114): Ein "Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe" setzt m.E. ein Erkennen der **Ursachen** voraus, ebenso der "Kampf gegen ungerechte Strukturen" und der "Einsatz für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft."

Wie will ich gegen einen Gegner erfolgreich antreten, wenn ich nicht weiß, was seine Stärke ausmacht, was ihn bisher so siegreich gemacht hat?

(178): "Geld- und Grundvermögen ist in zunehmendem Maß ungleich verteilt, so daß die breite Bevölkerungsmehrheit auch in Zukunft nicht über ein ausreichendes Vermögen zur Absicherung der elementaren Lebensrisiken verfügen wird."

Warum ist die Verteilung "in zunehmendem Maße" ungleich? Vielleicht ließe sich ja doch etwas ändern, so daß es nicht bei dieser fatalistischen Einschätzung bleiben müßte, die sicher zutrifft, wenn man alles beim Alten läßt. Die Voraussetzung wäre aber der Wille, die Dinge nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern einzugreifen. Offenbar fehlt es daran.

Zum Sachregister: Bei einem Umfang von acht Seiten und weit über 200 Stichwörtern mit zahllosen Ableitungen ist doch tatsächlich kein Platz für zwei der bedeutendsten Begriffe: weder BODEN noch ZINS finden sich in diesem Register - und sind dementsprechend natürlich auch im gesamten Text nicht ein einziges Mal 'in den Mund genommen' worden!

Wie will jemand, der Tabus unterstützt, der den buchstäblichen 'heißen Brei' nicht anrührt, der das *four letter word* ZINS nicht ausspricht - wie will der aufklären und

die Zukunft neu gestalten?

Ich frage mich: Wozu der Aufwand dieses Kirchenworts?

Diese Frage stellt sich um so drängender, wenn man weiß, daß fast genau 25 Jahre vor diesem gemeinsamen Wort der beiden deutschen Kirchen bereits ein anderes gemeinsames Memorandum zum Thema "**Soziale Ordnung des Baubodenrechts**" erschienen ist, das offensichtlich keinerlei Gehör und (nicht einmal bei den Kirchen) Erinnerung gefunden hat.

In dieser (im Vergleich zu den über 100 Seiten der "Gemeinsamen Texte 9") mit 38 Seiten recht dünnen Broschüre wurde 1973 ganz klar gezeigt, wie die bestehenden Verhältnisse die "Vermögenskonzentration" fördern, zu "Spekulation" verleiten und mit "mühelosem Gewinn" belohnen, "ohne eigene Leistung" erbringen und "große Wagnisse" eingehen zu müssen.

Es wird darin auch eine Forderung der Ev. Kirche von 1952 an Regierung und Bundestag zitiert: "Der vorhandene und praktisch kaum vermehrbare Boden ist ein Gut, das in besonderer Weise der Gemeinschaft zu dienen hat... Wir sehen deshalb eine vordringliche Aufgabe der Gesetzgebung darin, mit durchgreifenden Maßnahmen ungerechtfertigtem Bodengewinn zu wehren". Im Memorandum von 1973 wird gefordert, "den Besitzern von Bauland ... durch eine entsprechende Abgabenpolitik die Anreize zur Bodenhortung" zu nehmen. Das gleiche gilt doch für das Gemeinschaftsgut GELD, dessen künstliche Verknappung durch Hortung dazu führt, daß die (steigende) Nachfrage nach Kapital nur befriedigt wird, wenn die Kapitaleigner für die Überlassung nicht nur Gebühren erhalten (die Risiko, Bearbeitung, Inflation abdecken), sondern darüber hinaus Kapital"einkünfte" erzielen, d.h. leistungslose Einnahmen auf Kosten der Schuldner. Dieses Schmarotzertum, das durch die exponentielle Entwicklung irgendwann den "Wirt" erstickt, wird durch den Zinseszins möglich und könnte durch dessen Abschaffung beseitigt werden, so wie durch eine Reform des Baubodenrechts der Mehrheit der Bevölkerung sowie den Kommunen eine der Allgemeinheit dienende Nutzung des Bodens ermöglicht werden könnte.

Die Antwort der beiden Kirchen auf diese Stellungnahme

Im Auftrag des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, antwortet der Sekretär der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Herr Elmar Remling, "man wird gewiß diesem Wort in seiner Gesamtwirkung nicht gerecht, wenn man die Erfolge lediglich an den einen oder anderen Aussagen festzumachen versucht. Vielmehr kommt es darauf an, ... welchen Einfluß das Wort insgesamt auf die politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Grundsatzdiskussion der Zukunftsperspektiven unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genommen hat. Insoweit können seine Wirkungen nicht hoch genug eingeschätzt werden." ... "Ihre Hinweise und Anregungen im Blick auf eine notwendige Weiterarbeit ... sind uns dafür

Bestätigung und Orientierung".

Von der Evangelischen Kirche in Deutschland antwortete Oberkirchenrat Tilman Winkler im Namen von Präses Manfred Kock. Er dankt für das "engagierte und durchaus kritische Papier" und meint, darin würden "Dinge verstärkt", die im gemeinsamen Wort "durchaus angelegt sind und in der öffentlichen Diskussion auch so wahrgenommen werden". ... "Wertvoll erscheint mir besonders Ihr Hinweis auf das Fehlen der Problembereiche Boden und Zins. Auch andere Stellungnahmen zu dem gemeinsamen Wort weisen uns auf diese Problempunkte hin."

Die einzige `andere´ mir inzwischen vorliegende **Stellungnahme der Grundsatzkommission der PDS** ("Alternativen sind möglich") kann damit nicht gemeint sein, denn auch hierin kommen die Begriffe *Zins* und *Boden* nicht vor.

Die PDS anerkennt den "eigenen, kaum zu überschätzenden Wert" des Kirchenworts, zu dessen Zustandekommen sie selbst eine Stellungnahme zum Entwurf (1995) beigesteuert hat. Auch die PDS weist - trotz sehr weitgehender Zustimmung - auf Defizite im gemeinsamen Wort hin: so "wird auf jede Nennung von Verantwortlichkeit verzichtet", "die Ursachen für diese Entwicklung, die der gesellschaftlichen Profitdominanz zugrunde liegenden Eigentums- und Machtstrukturen, werden ebenso umgangen wie die Blockierung einer ökologischen Wende durch die vorherrschende neoliberale, marktradikale Angebotstheorie, die Globalisierungs- und Standortideologie." Auch werden "zu undifferenziert die positiven Wirkungen des Wettbewerbs hervorgehoben, ohne seine negativen Folgen für exzessives Wachstum und Ressourcenverschwendung zu zeigen". Die Ursache für den Zwang zum rücksichtslosen Wettbewerb wird bei beiden (Kirchen und PDS) nicht thematisiert.

Die PDS will, daß "wirtschaftliches Wachstum ... angesichts der globalen ökologischen Krise umfassend problematisiert und hinsichtlich seiner stofflichen Seite beendet" wird. "In den Materialien der PDS wird auch eine insgesamt grundsätzlichere Kritik am Wirtschaftswachstum geübt, sie ist nicht auf die kritische Wertung eines nur quantitativen Wachstums beschränkt."

Die PDS hat im Bundestag die Vorlage eines "Reichtumsberichtes" gefordert als Voraussetzung für "notwendige Entscheidungen im Beziehungsgeflecht des steuerlichen und sozialen Leistungs- und Verteilungssystems".

Die "umfangreiche Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben" sieht die PDS verursacht vor allem durch "Entlastungen für die Reichen" und "Belastungen für sozial Schwache" und beklagt, dies werde im Kirchenwort "leider kaum angesprochen". Sie selbst ist für eine "Umverteilung von oben nach unten" - läßt sich aber nicht über den Weg dahin aus.

Angesichts der Feststellung, daß das Geld- und Grundvermögen ... in zunehmendem Maße ungleich verteilt ist, fordert die PDS "eine entschiedene Auseinandersetzung mit der Verteilungsgerechtigkeit". `Ungerechtigkeit´ klingt immer nach einer Frage von Moral und Ethik, d.h. nach etwas, das man - da es in

einer anonymen Massengesellschaft nicht von allein entsteht - durch Regularien erzwingen müßte. Weit entfernt offenbar die Vorstellung, daß ein System- und Denkfehler vorliegen könnte, der dadurch zur Umverteilung führt, daß ein Bereich (die tote Materie Geld) auf Kosten des anderen (die vergängliche Arbeit und ihre Produkte) bevorteilt ist. (Natürlich ist es letztlich eine Frage der Ethik, nämlich dann, wenn man das Problem und seine Ursachen erkannt hat und nun zum Handeln verpflichtet wäre).

Auch die Umsetzung des "Gemeinsamen Wortes" innerhalb kirchlicher Initiativen läßt eine Einsicht in die Verwurzelung der Problematik zunehmender Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Geld- und Wirtschaftssystem nicht erkennen. So fordert der Bad Homburger Arbeitskreis "Kirche und Arbeiterschaft" im Bistum Limburg in einem Flugblatt dazu auf, "eine neue Sozialkultur (zu) gestalten", die "Leistungen hervorbringen kann, die man bisher allzu schnell vom Staat erwartete". Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte die staatliche Ebene keine "Zuständigkeiten beanspruchen, die ... auf einer unteren Ebene ... wahrgenommen werden könnten". Statt dessen sollte "die Verantwortlichkeit der einzelnen und der kleinen Gemeinschaften" (gemeint sind hier in erster Linie die Familien) gefördert werden. Hilfe zur Selbsthilfe durch "Netzwerke, Nachbarschaftshilfe und Bürgerinitiativen bieten die Chance, Solidarität konkret erfahrbar werden zu lassen". Das bedeutet aber nichts anderes, als sich mit dem Zustand abzufinden, daß elementarste Bedürfnisse nicht auf einem freien Markt durch Angebot und Nachfrage befriedigt werden, weil durch Mangel an Geld kein Austausch zustande kommen kann; also müssen die Leistungserbringer (Ehrenamtliche) ihre Zeit kostenlos oder unter Tarif zur Verfügung stellen, während die Leistungsempfänger in die Rolle von Almosenempfängern geraten. Gleichzeitig tanzt das im Überfluß vorhandene Kapital auf der Suche nach schnellen Super-Renditen wie die vielarmige Hindugottheit Shiva um den Globus, eine Volkswirtschaft nach der anderen in die Knie zwingend.

Einen positiven Ansatz gab es z.B. bei der KAB Steiermark, die sich anlässlich ihrer Jahrestagung Anfang Oktober 1998 mit dem Thema "Zunehmender Reichtum - zunehmende Armut. Welche Rolle spielt das Geld?" beschäftigte und Helmut Creutz als Referenten holte, um einmal Licht in das Dunkel dieser oft als Schicksal hingenommenen Entwicklung zu bringen.

Fazit: Die Bedeutung und "Gesamtwirkung" des gemeinsamen Kirchenwortes ist sicher groß, jede Beschäftigung damit wichtig für die Entwicklung zukünftiger Alternativen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Doch abgeschlossen ist mit der Aushändigung dieser Schrift (genauso wie der Stellungnahmen dazu) weder die Einmischungspflicht noch die Verantwortung für das, was weiter an Entscheidungen getroffen oder versäumt wird. Für alle Beteiligten heißt das, genau zu beobachten, ob mit den "diplomatischen Formulierungen" die erhoffte Wirkung erzielt wird, um nötigenfalls "pointierter und kompromißloser" nachziehen zu können. Denn es ist ein Unterschied, ob ich über einen Zustand bloß referiere oder mich zum Anwalt einer Sache und von (benachteiligten)

Menschen mache, für die ich eine sichtbare Verbesserung erstreiten möchte.

(1) Herausgegeben vom Kirchenamt der Ev. Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn.

Nachtrag:

Der Evang. Pressedienst Nr. 16 (epd) vom 2.3.99 meldet unter der Überschrift "Kock: Sozialwort der Kirchen bleibt ein `Stachel`; Hengsbach kritisiert fehlende Aussagen zu Geld, Zinsen, Banken":

"Ein heute erkennbares Defizit des Sozialwortes ist nach Ansicht des Ethik-Professors Friedhelm Hengsbach, die Funktion des Geldes, der Zinsen und die Rolle der Banken in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht thematisiert zu haben." Kock und Hengsbach sprachen vor 400 Besuchern beim "Saar-Forum zum Sozial- und Wirtschaftswort der Kirchen" in Saarbrücken, veranstaltet vom KAB.

"Parallel zu dem von der Caritas erstellten Armutsbericht soll es zukünftig in der BRD auch einen Reichtumsbericht geben, forderte der Trierer Bischof Hermann Josef Spital. Der Staatssekretär im BuMi für Arbeit und Sozialordnung, Werner Tegtmeier (SPD), sicherte zu, **noch in dieser Legislaturperiode einen Reichtums- und Armutsbericht für Deutschland zu erstellen."**

(veröffentlicht in der Zeitschrift *Der Dritte Weg* 12/1998)

Weitere Informationen, Texte und Kontakte unter

www.equilibrismus.org